

Die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau

Von Rudolf Seiters

Ich komme aus Prag, fahre gleich weiter nach Brüssel, bin jetzt im weitesten Sinne in Bonn: Drei Städte, die allesamt stehen für eine Entwicklung, die zur deutschen Einheit und zur Einheit Europas geführt haben. Insoweit ist das für mich auch ein schöner Tag, denn er erinnert in besonderer Weise an einen der emotionalsten Momente des Jahres 1989. Eben daran, dass damals, am 30. September und am 1. Oktober, einige Steine aus der Mauer gebrochen wurden, die in Berlin seit 28 Jahren die Deutschen voneinander trennte.

Ende April 1989 wurde ich zum Chef des Bundeskanzleramts berufen und war damit auch, das war so im Grundlagenvertrag geregelt, für die Ständige Vertretung zuständig. Die DDR wollte das Auswärtige Amt und ihrer Zwei-Staaten-Theorie, wir unser Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, der Kompromiss war das Kanzleramt. Zu diesem Zeitpunkt hat niemand gewusst oder geahnt, dass die friedliche Revolution in Europa anderthalb Jahre später zur Wiedervereinigung Deutschlands führen würde. Ich kann mich noch gut erinnern an das Übergabegespräch mit Wolfgang Schäuble, der ins Innenministerium wechselte. Auf dem Tisch lagen die wichtigsten unerledigten Akten, keine davon betraf die DDR, und bei meinem Aufstehen sagte Wolfgang Schäuble: „Die Verkehrsvereinbarungen sind ja nun abgeschlossen. Ungelöst ist das Problem der Elbegrenze. Ministerpräsident Ernst Albrecht hat besondere Wünsche zum kleinen Grenzverkehr. In den nächsten Wochen wird Alexander Schalck-Golodkowski auf Dich zukommen und Deinen Antrittsbesuch bei Erich Honecker vorbereiten.“ Das war's. Also damals hat wirklich niemand geglaubt oder gewusst, dass diese Entwicklung zur deutschen Einheit führen würde.

Und auch mein Gespräch bei meinem Antrittsbesuch am 4. Juli bei Honecker ergab noch keinen Hinweis auf die tiefen Erschütterungen in der DDR, die im Laufe der folgenden Wochen sichtbar werden würden. In jenen Tagen und Wochen ging allerdings durch ganz Europa und Mitteleuropa eine Welle von Reformbewegungen. In Ungarn wurde die Einführung des Mehrparteiensystems beschlossen, in Polen begann die Vorbereitung auf erste freie Teilwahlen und der Name Michail Gorbatschow verband sich mit Glasnost und Perestroika. Die DDR-Führung, auch übrigens die in Prag, blieb jedoch stur und unbeweglich, verweigerte sich jedem Ansatz zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen und jeder Liberalisierung, und dies vor dem Hintergrund einer sich drastisch verschlechternden wirtschaftlichen Lage und angesichts der Vergleichsmöglichkeiten, die immer mehr Menschen

zwischen den Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik und der DDR besaßen, und die zu Unzufriedenheit führten.

Anfang August flüchteten 130 DDR-Einwohner in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, in der Hannoverschen Straße in Ost-Berlin, in der Folgezeit tausende von DDR-Einwohnern in die Botschaften Budapest, Prag und Warschau. Am 8. August musste ich die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bis auf Weiteres für den Publikumsverkehr sperren, da sie mit diesen Zufluchtsuchenden absolut überfüllt war und die hygienischen Verhältnisse immer schwieriger wurden. Am 14. August schloss die Botschaft Budapest, am 23. August die Botschaft Prag, am 18. September die Botschaft Warschau. Ein Treffen am 18. August in Ost-Berlin mit dem stellvertretenden Außenminister Werner Krolikowski und anderen Führungspersonen des Politbüros zur Klärung der Flüchtlingsfrage blieb ohne Erfolg. Die DDR erhob Vorwürfe gegen uns, weil wir angeblich internationales Recht verletzen würden. Wir dürften DDR-Bürger nicht in unsere Botschaften lassen. Wir haben unseren Rechtsstandpunkt wiederholt, dass es nur eine deutsche Staatsbürgerschaft gebe. Wir sähen uns als Anwälte dieser Bürger, wir würden keine Mauern um unsere Botschaften errichten und niemanden auf die Straße setzen. Und wir haben die DDR an ihre Unterschrift erinnert unter die KSZE-Schlussakte mit Blick auf Freizügigkeit und Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund war für uns in Deutschland die Haltung der ungarischen Regierung von außerordentlich großer Bedeutung.

Auslöser für den Flüchtlingsstrom von Ostdeutschen war der Beginn des Abbaus der Grenzanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze am 2. Mai, dem am 27. Juni die symbolische Durchtrennung des Stacheldrahts durch die beiden Außenminister Gyula Horn, Ungarn, und Alois Mock, Österreich, folgte. Es war noch keine Grenzöffnung, weckte aber Hoffnung. Im Laufe des Sommers erreichten dann hunderte DDR-Bürger über Ungarn den Westen. Sie gingen illegal über die nicht mehr stark gesicherte Grenze. Sie begaben sich in die bundesdeutsche Botschaft in Budapest oder gingen in Flüchtlingslager, die überall in Deutschland entstanden. Am 19. August kommt es dann zum paneuropäischen Picknick bei Sopron in der Nähe der Grenze zu Österreich, in dessen Verlauf etwa 600 DDR-Bürgern die Flucht gelingt. Ende August halten sich zigtausende DDR-Bürger in Ungarn auf, die DDR erhöht ihren Druck, diese Menschen in die DDR zurückzuschicken, Ungarn beruft sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention, der es im März 1989 beigetreten war. Das aus meiner Sicht für die ungarischen-deutschen Beziehungen wichtigste und emotionalste Datum betrifft dann den 10. September, als Ungarn seine Grenze zu Österreich vollständig öffnet. Vorausgegangen war das Geheimgespräch der ungarischen Regierung mit Bundeskanzler Helmut Kohl auf Schloss Gymnich, hier bei Bonn. Helmut Kohl hat in seinen Erinnerungen geschrieben, ihm seien Tränen in die Augen gestiegen, als Ministerpräsident

Miklós Németh erklärt habe, „eine Abschiebung der Flüchtlinge komme nicht in Frage. Ungarn öffne die Grenzen, und wenn keine militärische oder politische Kraft von außen Ungarn zu einem anderen Verhalten zwingt, würde Ungarn die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten. Es sei beabsichtigt, alle Deutschen bis Mitte September ausreisen zu lassen.“¹ Und Helmut Kohl berichtet weiter, er habe nachgefragt, „ob die Ungarn dafür eine Gegenleistung erwarteten.“ Jedes Mal habe die ungarische Delegation abgewinkt: „Ungarn verkaufe keine Menschen.“ Ungarn war aber in großer Sorge über die Reaktion der DDR und der Tschechoslowakei. Es war ja ein Bruch der Abmachungen der Verträge, insbesondere auch in Sorge über das Verhalten von Moskau. Und es gibt die ja wirklich schöne Geschichte, dass Helmut Kohl dann mit Gorbatschow telefoniert hat und ihn gefragt hat, wie die Sowjetunion reagieren würde beim Öffnen der Grenze. Dann habe es einen Moment Stille gegeben am Telefon und dann habe Gorbatschow gesagt: „Die Ungarn sind gute Leute.“ Das war das Signal, dass jedenfalls von Moskau aus keine Hindernisse aufgebaut werden würden. Ich sage nur: Wir haben den Ungarn unglaublich viel zu verdanken.

Für uns in der Bundesregierung und für unsere Verhandlungsposition mit der DDR, insbesondere mit Blick auf die deutsche Botschaft in Prag, wo mittlerweile 5.000 Flüchtlinge eingetroffen waren, viele auch in der deutschen Botschaft in Warschau, war die ungarische Haltung eine ganz gewaltige Rückenstärkung. Bei den pausenlosen Verhandlungen mit der DDR, die Ausreisegenehmigung für die Flüchtlinge in den Deutschen Botschaften zu erreichen, hatten wir aber noch ein zusätzliches Problem. Ein intensiver Gesprächspartner für mich war Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, auch oberster Devisenbeschaffer der DDR und Leiter der Organisation Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Die DDR war angesichts ihrer schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage geradezu existentiell interessiert an finanziellen Vereinbarungen mit uns. Wenig später, am 5. Dezember – am Tag zuvor war Schalck-Golodkowski in die Bundesrepublik geflohen – nimmt Ministerpräsident Hans Modrow in Ost-Berlin bekanntlich die Einrichtung des Reisedevisenfonds an, vereinbart mit Einlagen von 750 Mio. DM seitens der Bundesrepublik Deutschland. Dafür gibt es die Abschaffung des Begrüßungsgeldes und des Zwangsumtausches für Rentner. Im August und September aber haben wir immer wieder betont, dass finanzielle Vereinbarungen, dass wirtschaftliche Hilfen für uns nicht in Frage kämen, wenn nicht die Flüchtlingsfrage vorher geklärt wäre. Und wir haben auch gesagt: „Wollt ihr in der DDR wirklich, dass die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR Anfang Oktober, und der Besuch von Michail Gorbatschow überlagert werden von den bewegenden Bildern aus Prag, die ja um die ganze Welt gingen und die DDR mit Blick auf ihre

1 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 920–923, hier S. 922.

Isolierung immer stärker beeinträchtigten?“ Und das war auch der Resonanzboden, Hanns Jürgen Küsters hat das angesprochen, dass Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Sitzung der UNO-Vollversammlung am 27. September in New York sehr gut nutzen konnte, bei seinen Gesprächen mit DDR-Außenminister Eduard Schewardnadse und Außenminister Oskar Fischer, wo die jeweiligen Modalitäten besprochen wurden. Aber ich bin ganz sicher, dass die Entscheidung, die innere Entscheidung, schon vorher getroffen war bei der Regierung in Ost-Berlin mit Blick auf die wirtschaftliche Situation und mit Blick auf die Besuchsfeierlichkeiten, wo man zusätzlich nervös war: Wie kann man die Dinge vorher regeln?

Da erreichte mich am Freitag, dem 29. September, unmittelbar nach meinem Flug von Bonn in meine kleine Heimatstadt Papenburg ein Anruf meines Büros. Horst Neubauer, der Ständige Vertreter der DDR, wollte mich dringend sprechen. Ich war ja mit ihm eigentlich jeden Tag in Verhandlung oder in Telefonaten. Wir verabredeten uns für 10.00 Uhr am nächsten Tag, einem Samstag, in meinem Bonner Büro, im Kanzleramt. Ich unterrichtete den Bundeskanzler, der mir sagte, ich sollte den Bundesaußenminister dazuziehen. Wir haben das Gespräch gemeinsam geführt. In diesem Gespräch seitens der DDR gab es zunächst die allseits bekannten Vorwürfe an die Bundesregierung, die entgegen dem internationalen Recht den Zustrom von DDR-Bürgern in unsere Botschaften dulde. Dann erklärte Neubauer, ungeachtet dessen habe sich die DDR zu einem einmaligen humanitären Akt entschlossen, die Botschaftsflüchtlinge dürften ausreisen, allerdings nur über das Territorium der DDR mit Sonderzügen. Dies war eine Entscheidung von Honecker, um die angebliche Souveränität der DDR bei der Ausreise der Flüchtlinge zu dokumentieren, vielleicht auch, um Einsicht zu nehmen in die Papiere. Da gab es noch sehr viel Unruhe später in den Zügen selber, die aber dann nicht mehr wichtig war. Jedenfalls waren die Begleitumstände bei der Durchreise eine folgenschwere Fehlentscheidung aus der Perspektive der DDR-Führung. Dies machte ja auch der Aufmarsch der Volkspolizisten in Dresden deutlich, wo man mit massiver Gewalt die Menschen hindern wollte, zu den Zügen zu gehen, entweder um mitzufahren oder noch einen Blick auf diejenigen zu werfen, die ausreisen wollten.

Mit dem Bundeskanzler vereinbarten wir telefonisch, dass Hans-Dietrich Genscher und ich nach Prag fliegen sollten, um den Menschen, die den Versprechungen der DDR-Repräsentanten zutiefst misstrauten, persönlich die Sicherheit zu geben, dass für sie jetzt die ungehinderte Ausreise garantiert sei und sie die Botschaft verlassen könnten, ohne Gefährdung ihrer Freiheit. Mit Neubauer wurde abgestimmt, dass Genscher und ich mit den beiden ersten Zügen mitfahren sollten, die Staatssekretäre mit den folgenden. Kaum waren wir mit der Luftwaffenmaschine in Prag gelandet, da erfuhren wir jedoch vom deutschen Botschafter, die DDR habe ihre Zusage zurückgenommen, dass Genscher und ich die Züge begleiteten. Auch dies war eine Entscheidung von

Honecker im letzten Augenblick. Offensichtlich fürchtete die DDR-Führung eine Symbolwirkung, wenn jetzt zwei Repräsentanten der Kohl-Regierung über das DDR-Gebiet mit den Flüchtlingen praktisch in einer Art Triumphzug dann nach Hof weiter fahren würden.

Was wir dann in der Botschaft erlebten, hat sich mir und vielen anderen auch unauslöschlich eingepägt: Frauen, Männer und Kinder dicht gedrängt auf den Treppenstufen. Wir spürten großes Vertrauen zu uns in den Gesichtern, obwohl sie nicht wussten, welche Botschaft wir mitbrachten. Aus dem Obergeschoss, der Blick auf die Menschen in Zelten, in diesem nachtdunklen Garten, mit Dauerregen verschlammt, ein beklemmender Eindruck. Wir ließen uns die letzten Informationen geben, anschließend ein Telefonat von mir mit dem Ständigen Vertreter Neubauer mit energischem Protest über den Bruch der Vereinbarungen, allerdings ohne Erfolg. Das war aber letzten Endes nicht mehr entscheidend, weil die Menschen in der Botschaft Prag der Zusage glaubten. Die Szene ist bekannt, als Hans-Dietrich Genscher und ich gemeinsam mit dem Botschafter Hermann Huber und mehreren Staatssekretären auf dem Balkon des Palais Lobkowitz traten und Genscher über das Mikrofon diese erlösenden Worte in das Dunkle des Gartens hineinsprach: „Wir sind nach Prag gekommen, um ihnen mitzuteilen, dass ihre Ausreise heute ...“ Alles andere ging im Jubel der Menschen unter. Dies waren Bilder, die um die ganze Welt gingen.

5.550 Flüchtlinge fuhren am Abend mit Sonderzügen der DDR-Reichsbahn von Prag über Dresden nach Hof, abgesehen von technischen Halten ohne Stopp in der DDR. Die Forderung der DDR-Führung, durch die DDR zu reisen, erwies sich als Bumerang. Menschen versuchten auf die Züge zu springen und die Durchfahrt wurde von vielen winkenden Menschen begleitet. Ich denke, dass der 30. September den Beginn des Untergangs der DDR markiert. Die Ausreise brachte für die DDR keine Entlastung, sondern war die Vorstufe zum endgültigen Bruch aller Dämme, die die DDR jahrzehntelang um ihre Bürger errichtet hatte. Die Botschaften füllten sich erneut nach Protesten der DDR, eine hilflose Ost-Berliner Führung musste am 3. Oktober auch die Ausreise der weiteren Flüchtlinge gestatten und wenige Tage später sprach Gorbatschow in Ost-Berlin beim 40. Jahrestag der DDR-Gründung von den zu spät Kommenden, die das Leben bestraft. Der 30. September war der eine Tag, der die Hilflosigkeit der DDR-Führung und ihren rapiden Autoritätsverlust deutlich machte. Es gab aber noch zwei andere:

Die totale Öffnung aller Grenzübergänge am 9. November war nicht zurückzuführen auf eine überlegte Entscheidung der DDR-Regierung, sondern Folge von chaotischen Beratungen des Politbüros, wo niemand wusste, was man konkret beschlossen hatte und wo ein uninformierter Pressesprecher Günter Schabowski durch seine etwas vagen Erklärungen ein Signal gab, das von der Presse in einer entsprechenden Weise aufgegriffen wurde. Die Menschen

strömten zu den Grenzübergangsstellen und die Grenzzoffiziere und Grenzsoldaten – von ihrer Führung im Stich gelassen – wussten sich nicht anders zu helfen, als die Schlagbäume zu öffnen. Ein Glücksfall übrigens in der jüngeren deutschen Geschichte, denn niemand hätte ausschließen können, dass ein paralysierter Offizier oder ein verunsicherter Soldat nicht doch vielleicht in seiner Hilflosigkeit zur Waffe greift. Und was dann passiert wäre, wusste man nicht und weiß man auch heute nicht. Jedenfalls war das der zweite historische Tag, der den Autoritätsverfall der DDR signalisierte.

Und schließlich der 19. Dezember, die Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Dresden. Das muss man sich einmal vorstellen, da kommt nun der Bundeskanzler der „kapitalistischen“ Bundesrepublik Deutschland in den Arbeiter- und Bauernstaat DDR und die DDR-Führung lässt den Kanzler der Bundesrepublik mit der eigenen Bevölkerung von etlichen tausenden Menschen alleine, weil man ganz offensichtlich die Gleichzeitigkeit des Beifalls für Kohl und der Pfiffe für sich selber fürchtete. Das war der Zeitpunkt, nicht der 30. September, auch nicht der 9. November, denn danach gab es ja noch die 10-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers, die von einem ganz anderen zeitlichen Horizont ausging mit konföderativen Strukturen als Antwort auf die Vertragsgemeinschaft. Aber der 19. Dezember, so denke ich, hat für die Bundesregierung endgültig die Erkenntnis gebracht, dass wir jetzt doch eine realistische Chance haben auf die Wiedervereinigung Deutschlands und dass es jetzt an der Zeit ist, umzuschalten auf eine operative Politik mit dem Ziel der deutschen Einheit.

Auf zwei Fragen möchte ich auch im Blick auf den 30. September noch eingehen. Waren wir in der Bundesregierung auf die Wiedervereinigung vorbereitet und hätten wir, was nicht geheim geblieben wäre, Schubladenpläne für den Fall des Falles haben müssen? Dazu zitiere ich Richard Schröder, SPD-Abgeordneter in der Volkskammer der DDR, dann auch im Deutschen Bundestag, Verfassungsrichter des Landes Brandenburg, Professor für systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin: „Warum“, so fragt er, „hat sich die Bundesregierung nicht auf die Vereinigung vorbereitet?“ Die Antwort ist sehr einfach: Die Planung der deutschen Vereinigung hätte dieselbe mit Sicherheit verhindert, denn das hätte die Entspannungspolitik ruiniert. Lautstarke Proteste aus dem Osten, verhaltene, aber entschiedene Kritik aus dem Westen hätten das ausgelöst. Der italienische Politiker Giulio Andreotti hatte nicht nur für sich gesprochen als er sagte: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben wollen.“ Man darf nicht vergessen: Die Teilung Deutschlands, scheinbar stabilisiert durch die Mauer, scheinbar sanktioniert durch den innerdeutschen Grundlagenvvertrag, wie ihn die innerdeutsche Öffentlichkeit verstand, war ja für viele – auch in den westlichen Partnerstaaten – zu einem selbstverständlichen Element der europäischen Stabilität geworden. Ganz abgesehen davon, dass sie für Teile der westlichen Eliten die

Funktion einer Sicherung gegen die Wiederkehr deutscher Hegemonialinteressen und Ambitionen nie völlig verloren hatte.

Helmut Kohl hat in seinen Memoiren an das internationale Echo auf seine zehn Punkte erinnert, die ja weder mit dem Koalitionspartner noch mit unserem Verbündeten abgestimmt waren, abgesehen vom amerikanischen Präsidenten George Bush.² Er habe noch nie einen EG-Gipfel in einer so eisigen Atmosphäre erlebt wie den in Straßburg am 8. und 9. Dezember 1989. Speziell die Briten, damals auch noch die Franzosen, das änderte sich dann aber im Januar und Februar des nächsten Jahres, waren äußerst irritiert. Zu dem Zeitpunkt waren mittlerweile die Rufe nach Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Europa unüberhörbar geworden. Ist die Wiedervereinigung der Bundesregierung in den Schoß gefallen? Natürlich hätte es keine Wiedervereinigung gegeben, jedenfalls nicht in dieser Form und in diesem Zeitrahmen, ohne die Solidarność-Bewegung in Polen, ohne den polnischen Papst, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschow, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR. Dies waren sicherlich die entscheidenden Ereignisse. Aber ich bin ganz sicher, dass die damalige Entwicklung einen anderen Verlauf genommen hätte bei einer anderen Bundesregierung, die die damals gegebene historische Chance nicht so konsequent genutzt hätte.

Es gab damals auch ganz andere Stimmen und politische Programme in Deutschland. Ich will nur Egon Bahr zitieren, den Chefberater der sozial-liberalen Koalition, der in seinem deutschlandpolitischen Programm ja eine ganz andere langfristige Konzeption zur Deutschen Einheit entwickelt hat, die unter dem selbstgeprägten Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ bekannt geworden ist und die man präziser als „Wandel durch Stabilisierung“ hätte bezeichnen müssen. Die DDR wollte transformiert werden. Hierzu würden, so die Annahme, die regierenden Kommunisten bereit sein, wenn ihre Herrschaft nicht mehr durch den Westen in Frage gestellt und durch Unterstützung aus dem Westen auch wirtschaftlich stabilisiert sein würde. Der europäische Rahmen einer solchen Politik sollte eine Friedensordnung sein, in der ein militärisch entmachtetes Mitteleuropa in seiner Stabilität von den Großmächten garantiert würde, unter langfristigem Wegfall von NATO und Warschauer Pakt. Noch kurz vor der Wiedervereinigung betont Egon Bahr: „NATO und Deutsche Teilung sind Zwillingsgeschwistern“, d. h. die deutsche Einheit ist nicht mit der NATO möglich. Anders war die deutschlandpolitische Perspektive der Bundesregierung. Natürlich musste die Politik der kleinen Schritte fortgeführt werden, aber nicht mit dem Ziel der Stabilisierung des Regimes, sondern mit dem Ziel zunehmender Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland. Und gleichzeitig musste die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte und der Selbstbestimmungen in den Ost-West-Beziehungen

2 KOHL (wie Anm. 1), S. 990–1000, hier S. 996.

immer wieder thematisiert werden. Wir waren überzeugt, dass Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR irgendwann zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit führen müssen. Von der unglaublichen Beschleunigung dieses Prozesses bis hin zum 3. Oktober 1990 sind wir überrascht worden. Aber die Regierung Kohl hat die damals gegebene Chance entschlossen genutzt.

Ich halte es im Nachhinein immer noch fast für ein Wunder, dass diese Entwicklung, dieser Umbruch, diese Revolution so friedlich verlaufen ist. Man hätte sich auch eine andere Entwicklung vorstellen können: blutig, militärisch, gewalttätig. Wer in dem Zusammenhang die Leistung der deutschen Politik richtig würdigen will, der sollte nicht nur betrachten, was geschehen ist, sondern auch, was an Fehlern vermieden wurde. Es ging um eine maßvolle Steuerung einer von niemandem damals so vorhergesehenen, geradezu irritierenden Entwicklung und es ging auch darum, den damaligen vielen falschen Ratschlägen nicht zu folgen. Es reizt mich, eine journalistische Stimme in diesem Zusammenhang zu zitieren, immerhin den Mitherausgeber der ZEIT, Theo Sommer, vom 22. September 1989, zwei Wochen nach der Öffnung der ungarischen Grenze und eine Woche vor der Ausreisefreiheit der Botschaftsflüchtlinge in Prag. Er schrieb damals, und ich nenne das ein bemerkenswertes Glanzstück journalistischer Fehleinschätzung: „Aufschäumende Emotion ist ein schlechter Ratgeber. Sie trübt den Sinn für die Realitäten. Sie gaukelt Möglichkeiten vor, die sich bei unaufgeregter Betrachtung in nichts auflösen. ... Der Wiedervereinigung sind wir keinen Zoll näher als vor einem Jahr oder vor fünf oder zehn Jahren. ... Die Frage der deutschen Einheit ist nicht ‚heißer denn je‘. Im Gegenteil: Sie steht auf einer der hinteren Herdplatten der Weltpolitik, und es ist kein Feuer unter dem Topf.“³ Es gab damals viele Besserwisser. Ein Jahr später war die Deutsche Einheit geschaffen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zurück zu dem Ausgangspunkt und zitiere Helmut Kohl aus seinen Memoiren mit Blick auf den 3. Oktober 1990. Er sagt, ich finde das ein sehr schönes Bild: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoors: Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht, und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben musste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohlbehalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“⁴

3 Theo SOMMER, „Kleine Schritte oder große Luftsprünge. Deutschlandpolitik zwischen Torschlußpanik und Anschluß euphorie – Das Ziel muß bleiben: Wandel ohne Explosion, in: „Die Zeit“ vom 22.9.1989.

4 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1990–1994*, München 2007, S. 243.